

Scholz: „Mehr Netto“

Haushaltsentwurf 2019 beschlossen / Otte lobt steigenden Verteidigungs-Etat

BERLIN. Das Bundeskabinett hat in einer Sondersitzung den Entwurf für den Bundeshaushalt 2019 beschlossen. Finanzminister Olaf Scholz (SPD) plant wegen der Umsetzung zahlreicher Koalitionsvorhaben mit steigenden Ausgaben von insgesamt 356,8 Milliarden Euro, 13 Milliarden Euro mehr als im laufenden Jahr. Er will aber erneut einen Haushalt ohne neue Schulden („schwarze Null“) schaffen. „Wir erhöhen das Netto der Bürger“, sagte Scholz gestern in Berlin mit Blick auf eine Kindergeld-erhöhung um zehn Euro ab Juli 2019 und steuerliche Entlastungen gerade für Familien. Zugleich wachsen die Ausgaben für die Renten – einer Mehrwertsteuersenkung erteilte Scholz eine Absage.

Die wichtigen Reformen lägen nicht im Mehrwertsteuerbereich, sagte er. So sollen die Bürger stattdessen bis 2021 durch das Abschmelzen des Solidaritätszuschlags um bis zu zehn Milliarden Euro pro Jahr entlastet werden. „Das ist eine richtige Nummer“, so Scholz. Er betonte, in aktuell stürmischen Zeiten fahre man auf Sicht. Wichtig sei ein Puffer, um bei Krisen gegensteuern zu können. 2007 war die Mehrwertsteuer von 16 auf 19



.....
„Abschmelzen des
Solidaritätszuschlags
ist eine richtige
Nummer.“

Olaf Scholz
Bundesfinanzminister

.....

Prozent erhöht worden, mit über 220 Milliarden Euro ist es die wichtigste Einnahmequelle von Bund, Ländern und Gemeinden.

Die Opposition kritisiert den Haushaltsentwurf als reines „weiter so“. „Letztlich ist das ein Haushalt, der versucht, das Haus Deutschland ein wenig zu renovieren, faktisch aber nur die Flicker ein wenig zu

reparieren“, meinte der FDP-Haushaltsexperte Otto Fricke.

Der Etat sieht neben höheren Rentenzuschüssen weitere Milliardeninvestitionen im Verkehrsbereich, Ausgaben für ein Baukindergeld für Familien, höhere Rentenzuschüsse sowie Maßnahmen zur Entlastung von Familien in Höhe von knapp zehn Milliarden Euro im Jahr vor. Trotzdem könnte die deutsche Staatsverschuldung erstmals seit 17 Jahren wieder unter die für die Stabilität des Euro eigentlich vorgesehene Grenze sinken. Die Schuldenquote soll wieder unter 60 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) fallen – das entspricht dem sogenannten Maastricht-Kriterium der Euro-Staaten.

Seit 2014 gelingt es jedes Jahr, dass die Ausgaben die Einnahmen nicht übersteigen. Das hängt auch mit weiterhin sprudelnden Steuereinnahmen zusammen

Besonders Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen (CDU) soll mehr Geld als bisher geplant bekommen. Der Verteidigungsetat wird dem Entwurf zufolge um knapp 4 Milliarden auf 42,9 Milliarden Euro steigen. Das sei wichtig für die Sicherheit Deutschlands, lobte der Celler CDU-Bundes-

tagsabgeordnete Henning Otte, verteidigungspolitischer Sprecher der Unionsfraktion: „Unsere Soldaten brauchen zwei elementare Dinge: gute Ausrüstung und politischen Rückhalt. Mit dem jetzt beschlossenen Aufwuchs schaffen wir die Grundlage dafür, dass sie ihren Auftrag, die Sicherheit unseres Landes zu gewährleisten, erfüllen können.“

Innerhalb der Nato und insbesondere mit den USA dürfte es dennoch weiter Ärger geben, da Deutschland weniger Geld für den Wehretat einplant, als von den Partnern erwartet wird. Das Verteidigungsbündnis hat es sich zum Ziel gesetzt, bis 2024 für Rüstung und Militär zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts auszugeben. Im laufenden Jahr liegt Deutschland bei 1,24 Prozent. 2019 sollen es 1,31 Prozent werden.

So griff US-Präsident Donald Trump die Bundesregierung deswegen erneut an: „Ich weiß nicht, wie viel Schutz wir bekommen, indem wir die Deutschen beschützen. Und dann gehen sie raus und machen einen Gas-Deal, wo sie Milliarden über Milliarden Dollar an Russland zahlen. Und wir sind die Deppen, die für die ganze Sache bezahlen.“ (dpa)